

THOMAS MÜLLER

Wettbewerb und Unionsverfassung

Jus Publicum

233

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 233



Thomas Müller

Wettbewerb und Unionsverfassung

Begründung und Begrenzung
des Wettbewerbsprinzips
in der europäischen Verfassung

Mohr Siebeck

Thomas Müller, geboren 1977; seit 2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre der Universität Innsbruck; 2004 Promotion; 2012 Habilitation; seit 2013 assoz. Professor ebenda.

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung aus den Fördermitteln des Vize-Rektorats für Forschung der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, der Dr. Alois Mock Europa-Stiftung, des Landes Tirol, des Centre for Public Reform und des Theodor Körner Fonds gedruckt.



e-ISBN PDF 978-3-16-152850-7
ISBN 978-3-16-152683-1
ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Textservice Zink in Schwarzach aus der Garamond Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Für Elisabeth, Emelie und Elina

Vorwort

Die vorliegende Abhandlung analysiert die rechtliche Lage des wirtschaftlichen Wettbewerbs und – mittelbar seines Gegengewichts – des Solidaritätsprinzips in der Verfassung der Europäischen Union. Beide eng miteinander verbundenen und nicht selten miteinander konfligierenden Rechtsprinzipien sind Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft, die spätestens seit dem Vertrag von Lissabon das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Europäischen Union normativ prägt. Der Erfolg dieses Modells und damit auch der europäischen Idee hängt von der maßvollen Austarierung beider Prinzipien ab. Die vorliegende Arbeit will einen Beitrag zu dieser komplexen Aufgabe leisten.

Die Arbeit wurde im Jahr 2008 begonnen und im November 2012 als Habilitationsschrift angenommen. Die vorliegende Fassung wurde auf den Stand Mitte 2013 gebracht. Die Arbeit wurde mit dem Theodor-Körner-Förderpreis, dem Dr. Alois Mock-Wissenschaftspreis und dem Dr. Otto Seibert-Preis zur Förderung wissenschaftlicher Publikationen ausgezeichnet. Die Publikation haben sodann das Vizerektorat für Forschung der LFU Innsbruck, das Centre for Public Reform und das Land Tirol gefördert.

Besonderer Dank für das Zustandekommen dieser Arbeit gebührt meinem „Habilitationsvater“ sowie Lehrer und Freund Prof. Dr. *Norbert Wimmer*, der mir die Perspektive einer Habilitation und einer Universitätskarriere überhaupt erst eröffnet hat. Zu danken habe ich sodann Prof. Dr. *Arno Kahl*, der den Vorsitz in der Habilitationskommission übernommen hat, ebenso wie jedem einzelnen Kommissionsmitglied. Zu Dank verpflichtet bin ich auch den Gutachtern, nämlich den Professoren *Nicolas Raschauer*, *Stefan Storr*, *Jörg Philipp Terbechte* und *Norbert Wimmer*: Nicht nur wegen der Mühen, sondern auch weil ich ihren Gutachten wichtige Anregungen zur Verbesserung der Arbeit entnehmen konnte. Bei der Überarbeitung und Korrektur, insb der nicht immer freudvollen Fußnotenkontrolle, war mir Herr Mag. *Christoph Schramek* eine große Unterstützung, dafür gebührt auch ihm Dank. Dr. *Franz-Peter Gillig* bin ich für die Aufnahme in die Reihe „Jus Publicum“ sehr verbunden.

Der größte Dank gilt aber freilich meiner Familie: Einerseits, weil sie „die Habilzeit“ geduldig ertrug, andererseits weil sie, und dabei va meine Frau *Elisabeth*, mir stets große Unterstützung war und ist. Nicht zuletzt ha-

ben meine frühaufstehenden Kinder *Emelie* und *Elina* dafür gesorgt, dass ich stets beinahe die gesamte Spanne des Tages tätig genutzt habe.

Innsbruck, September 2013

Thomas Müller

Inhaltsübersicht

| | |
|---------------------------------|-------|
| Vorwort | VII |
| Inhaltsverzeichnis | XI |
| Abkürzungsverzeichnis | XXVII |

Erster Teil

Einordnung, Ziel und Methode

| | |
|---|---|
| A. Wettbewerb und staatliche Verfassung: Funktionelle Zusammenhänge | 3 |
| B. Ziele und Methoden der Untersuchung | 8 |

Zweiter Teil

Elemente einer Theorie der Wettbewerbsverfassung

| | |
|--|-----|
| A. Realphänomen Wettbewerb | 29 |
| B. Rechtsphänomen Verfassung | 69 |
| C. System der Wettbewerbsverfassung | 99 |
| D. Wettbewerb als europäisches Verfassungsprinzip | 113 |
| E. Solidarität als Verfassungsprinzip | 132 |
| F. Wettbewerb und Solidarität: Eine erste Annäherung | 135 |

Dritter Teil

Strukturfragen der Europäischen Wettbewerbsverfassung

| | |
|--|-----|
| A. Überblick | 139 |
| B. Das Wettbewerbsprinzip im Werte-, Ziel- und Grundsatzsystem der europäischen Verfassung | 140 |
| C. Machtbegrenzende Funktion der europäischen Wettbewerbsverfassung | 203 |
| D. Dynamische Funktion der europäischen Wettbewerbsverfassung | 344 |

*Vierter Teil***Zusammenfassung und Schluss**

| | |
|--|-----|
| A. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse | 611 |
| B. Schlussbemerkung: Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsverfassung | 625 |
| Literaturverzeichnis | 627 |
| Stichwortverzeichnis | 679 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------------|-------|
| Vorwort | VII |
| Inhaltsübersicht | IX |
| Abkürzungsverzeichnis | XXVII |

Erster Teil

Einordnung, Ziel und Methode

| | |
|---|----|
| A. Wettbewerb und staatliche Verfassung: Funktionelle Zusammenhänge | 3 |
| I. Grundlegung | 3 |
| II. Die staatliche Verfassung als Voraussetzung und Grenze des wirtschaftlichen Wettbewerbs | 3 |
| III. Die staatliche Verfassung als Ordnungsfaktor für das Verhältnis von Demokratie und Wettbewerb | 4 |
| IV. Neuordnung des Verhältnisses von Demokratie und Wettbewerb durch das Unionsrecht | 6 |
| V. Gegenläufige Entwicklungen | 6 |
| B. Ziele und Methoden der Untersuchung | 8 |
| I. Rechtswissenschaftliche Relevanz einer Untersuchung der europäischen Wettbewerbsverfassung | 8 |
| II. Fortgang der Untersuchung | 8 |
| 1. Überblick | 8 |
| 2. Im Einzelnen | 8 |
| a) Zweiter Teil: Theorie der Wettbewerbsverfassung | 8 |
| b) Dritter Teil: Die rechtsdogmatische Verwirklichung der Theorie der Wettbewerbsverfassung dargestellt anhand von Strukturfragen | 11 |
| III. Methode | 15 |
| 1. Zur Bedeutung der Ökonomik bei der rechtswissenschaftlichen Begriffsbildung und Rechtsauslegung | 15 |
| 2. Zur Juristischen Analyse der Ökonomik | 17 |

| | |
|--|----|
| 3. Prinzipienorientierte Rechtsdogmatik | 18 |
| a) Wesen und Bestimmung von Rechtsprinzipien | 18 |
| b) Abwägungsgesetz bei Prinzipienkonflikten | 20 |
| 4. Bewegliches System der Auslegungsmethoden | 21 |
| a) Grundlegung | 21 |
| b) Wortlautinterpretation | 22 |
| c) Historische Interpretation | 23 |
| d) Systematisch-teleologische Interpretation | 24 |
| 5. Im Besonderen: Der Grundsatz der engen Auslegung von Ausnahmen | 24 |

Zweiter Teil

Elemente einer Theorie der Wettbewerbsverfassung

| | |
|---|----|
| A. Realphänomen Wettbewerb | 29 |
| I. Wettbewerbsarten | 29 |
| II. Allgemeiner Begriff des wirtschaftlichen Wettbewerbs | 30 |
| 1. Ursprünge und allgemeiner Sprachgebrauch | 30 |
| 2. Wettbewerbsbegriffe der Ökonomik | 31 |
| 3. Praktischer Wettbewerbsbegriff | 32 |
| a) Grundlegung | 32 |
| b) Modifikation des praktischen Wettbewerbsbegriffs | 33 |
| c) Ergebnis | 34 |
| 4. Wettbewerb und Markt: Unterscheidung und systematische Konsequenzen | 34 |
| III. Voraussetzungen und Funktionen | 35 |
| 1. Konstitutive und regulative Prinzipien | 35 |
| 2. Die Voraussetzungen im Einzelnen | 36 |
| a) Konstitutive Prinzipien | 36 |
| aa) Freiheit | 36 |
| bb) Gleichheit | 38 |
| cc) Rechtsstaatlichkeit | 39 |
| b) Regulative Prinzipien | 39 |
| aa) Materielle Freiheit | 39 |
| bb) Marktstruktur | 40 |
| cc) Haftung iWS | 41 |
| dd) Markttransparenz | 42 |
| 3. Die Funktionen im Einzelnen | 43 |
| a) Vorbemerkung | 43 |
| b) Effizienzfunktionen | 45 |
| aa) Begriffe | 45 |

| | |
|--|----|
| bb) Maßstäbe | 45 |
| c) Freiheitsfunktion | 46 |
| aa) Begriffe | 46 |
| bb) Maßstäbe | 47 |
| IV. Die natürlichen Grenzen des Wettbewerbs und die hoheitliche Regulierung in der ökonomischen Theorie | 48 |
| 1. Überblick | 48 |
| 2. Die natürlichen Grenzen des Wettbewerbs im Einzelnen | 49 |
| a) Markt- und Wettbewerbsversagen | 49 |
| aa) Marktversagen | 49 |
| bb) Wettbewerbsversagen | 51 |
| b) Grenzen politischer Instrumentalisierungsfähigkeit | 53 |
| 3. Die Bedeutung der natürlichen Grenzen in zentralen wettbewerbspolitischen Leitbildern | 54 |
| a) Forschungsfrage | 54 |
| b) Die Freiburger Schule (Ordoliberalismus): Freiheitliche Wettbewerbsordnung | 55 |
| aa) Grundlegung | 55 |
| bb) Rolle der natürlichen Grenzen des Wettbewerbs | 58 |
| cc) Wesentliche Kritikpunkte | 60 |
| c) Chicago School of Antitrust Analysis: Effizienz | 61 |
| aa) Grundlegung | 61 |
| bb) Rolle der natürlichen Grenzen des Wettbewerbs | 62 |
| cc) Wesentliche Kritikpunkte | 63 |
| d) Die moderne Regulierungstheorie: Beseitigung von Wettbewerbs- und Marktversagen | 64 |
| aa) Wesentliche Inhalte | 64 |
| bb) Wesentliche Kritikpunkte | 66 |
| 4. Die Tauglichkeit der dargestellten Leitbilder für Recht und Rechtsanwendung aus Sicht der Juristischen Analyse der Ökonomik | 67 |
| B. Rechtsphänomen Verfassung | 69 |
| I. Neuermessung des Verfassungsbegriffs durch den formell-funktionellen Verfassungsbegriff | 69 |
| 1. Überblick | 69 |
| 2. Lösbarkeit der Verfassung vom Staat | 71 |
| a) Ältere Verfassungstraditionen | 71 |
| aa) Die verstaatlichte Verfassung in der älteren deutschen Lehre | 71 |
| bb) Nicht-etatistische Verfassungsbegriffe der älteren Staats- und Verfassungslehre | 71 |

| | |
|--|----|
| cc) Rational-voluntaristisches und historisch-evolutives Verfassungsverständnis | 72 |
| b) Die Entkoppelung vom Staat in der modernen Jurisprudenz | 73 |
| c) Bewertung | 73 |
| 3. Der formell-funktionelle Verfassungsbegriff | 74 |
| a) Formelles Verfassungsrecht | 74 |
| aa) Normativ-hierarchischer Begriff | 74 |
| bb) Innerer und äußerer Vorrang | 74 |
| cc) Konsequenzen für die Wirtschafts- und Wettbewerbsverfassung | 75 |
| b) Verfassungsfunktionen | 77 |
| aa) Funktionen als zweckmäßiger Mittelweg zwischen den Verfassungstraditionen | 77 |
| bb) Teleologische und instrumentelle Funktionen | 79 |
| cc) Konsequenzen des funktionellen Verfassungscharakters | 80 |
| II. Das Primärrecht der Europäischen Union als Verfassung im formell-funktionellen Sinn | 82 |
| 1. Rechtsprechung und Lehre | 82 |
| a) Rechtsprechung des EuGH | 82 |
| b) Lehre | 83 |
| 2. Das Primärrecht als Verfassung im formellen Sinne | 84 |
| a) Externer Vorrang | 84 |
| aa) Vorrang gegenüber staatlichem Recht | 84 |
| bb) Grenzen des Vorrangs | 86 |
| cc) Exkurs: Wettbewerb als ausschließliche Unionskompetenz? | 88 |
| b) Interner Vorrang | 89 |
| aa) Vorrang des Primärrechts gegenüber dem Sekundärrecht | 89 |
| bb) Existenz einer Kernverfassung? | 89 |
| 3. Verfassung im funktionellen Sinne | 94 |
| a) Das Primärrecht als funktionelle Verfassung: Zielfestlegung und Machtbegrenzung | 94 |
| b) Überladenheit und Lückenhaftigkeit des Unionsprimärrechts | 95 |
| c) Fehlende staatliche Souveränität und Geltungsgrundfrage | 96 |
| 4. Bedeutung des Verfassungsverbunds für die Untersuchung | 97 |

| | |
|---|-----|
| a) Grundlegung | 97 |
| b) Rechtsdogmatische Bedeutung | 99 |
| C. System der Wettbewerbsverfassung | 99 |
| I. Begriff der Wettbewerbsverfassung | 99 |
| II. Verortung und System | 100 |
| 1. Wettbewerbs-, Wirtschafts- und Gesamtverfassung | 100 |
| 2. System der Wettbewerbsverfassung | 101 |
| a) Die europäische Wettbewerbsverfassung | 101 |
| aa) Objektiv-rechtliche Dimension | 101 |
| bb) Subjektiv-rechtliche Dimension | 104 |
| cc) Abgrenzungen | 107 |
| b) Die staatliche Wettbewerbsverfassung | 107 |
| aa) Objektiv-rechtliche Dimension | 107 |
| bb) Subjektiv-rechtliche Dimension | 111 |
| 3. Schlussfolgerungen | 111 |
| D. Wettbewerb als europäisches Verfassungsprinzip | 113 |
| I. Annäherung an das verfassungsrechtliche Wettbewerbsprinzip | 113 |
| 1. Überblick | 113 |
| 2. Formulierung des allgemeinen Wettbewerbsprinzips | 113 |
| II. Konstitutive und regulative Wettbewerbsprinzipien in der europäischen Verfassung | 114 |
| 1. Konstitutive Prinzipien | 114 |
| a) Wettbewerbsfreiheit | 114 |
| b) Wettbewerbsgleichheit | 116 |
| c) Rechtsstaatsprinzip | 117 |
| 2. Regulative Prinzipien | 119 |
| a) Wettbewerbsstruktur | 119 |
| b) Haftung | 120 |
| c) Transparenz | 121 |
| d) Effizienz | 123 |
| 3. Im Besonderen: Effizienz als regulatives Prinzip | 123 |
| a) Grundlegung | 123 |
| b) Effizienz als Normzweck? | 125 |
| aa) Vorläufer der aktuellen Normzweckdiskussion | 125 |
| bb) Aktuelle Diskussion: Effizienz oder Freiheit? | 126 |
| cc) Die Effizienz ist Normzweck | 126 |
| dd) Die normative Bedeutung der Effizienz im EU-Wettbewerbsrecht | 127 |
| c) Konsequenzen | 130 |
| 4. Schlussfolgerungen | 131 |

| | |
|--|-----|
| E. Solidarität als Verfassungsprinzip | 132 |
| I. Begriff der Solidarität als gegenläufiges Prinzip zum Wettbewerb | 132 |
| II. Normative Begründung des Solidaritätsprinzips in der europäischen Verfassung | 133 |
| F. Wettbewerb und Solidarität: Eine erste Annäherung | 135 |

Dritter Teil

Strukturfragen der Europäischen Wettbewerbsverfassung

| | |
|---|-----|
| A. Überblick | 139 |
| B. Das Wettbewerbsprinzip im Werte-, Ziel- und Grundsatzsystem der europäischen Verfassung | 140 |
| I. Abriss über die europäische Wettbewerbsrechtsgeschichte bis zum Vertrag von Lissabon | 140 |
| 1. EGKS: Lenkungsordnung zwischen Missbrauchs- und Verbotsprinzip | 140 |
| 2. EWG: Rahmenordnung im Zeichen des Verbotsprinzips | 143 |
| a) Politische Rahmenbedingungen | 143 |
| b) Positiv-rechtliche Umsetzung ordoliberaler Grundsätze im EWGV | 144 |
| 3. Die Einheitliche Europäische Akte, die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza: Auflösung der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Gewaltenteilung | 147 |
| a) Politische Rahmenbedingungen | 147 |
| b) Positiv-rechtliche Abkehr vom ordoliberalen Ursprung | 147 |
| 4. Schlussfolgerungen | 151 |
| II. Der Wettbewerb im Werte- und Zielsystem der europäischen Verfassungsordnung | 153 |
| 1. Rechtsdogmatische Bedeutung der Unterscheidung von Werten, Verfassungszielen, Prinzipien, Querschnittsklauseln und Bereichszielen | 153 |
| a) Vertikale und horizontale Dimensionen | 153 |
| b) Verfassungswerte und Verfassungsziele als oberste Rechtsschicht | 153 |
| c) Prinzipien, Querschnittsklauseln, Bereichsziele und Normzwecke als normativer Zwischenbereich | 155 |
| 2. Wettbewerb und Verfassungswerte | 155 |

| | | |
|------|--|-----|
| a) | Das Wettbewerbsprinzip in der Werteordnung Prä- und Post-Lissabon | 155 |
| b) | Bedeutung des neuen Art. 2 S. 2 EUVn | 158 |
| 3. | Wettbewerb und Verfassungsziele der Union | 159 |
| a) | Zielarten und Zielgewichtung | 159 |
| b) | Der Wettbewerb im Zielkatalog Prä-Lissabon | 161 |
| aa) | Das System unverfälschten Wettbewerbs und der Binnenmarkt waren keine Verfassungsziele . . . | 161 |
| bb) | Kein Vorrang wettbewerblicher oder marktintegrativer Ziele | 162 |
| c) | Der Wettbewerb im Zielkatalog Post-Lissabon | 164 |
| aa) | Überblick | 164 |
| bb) | Aufwertung sozial-ökologischer Ziele in Art. 3 Abs. 3 EUVn | 165 |
| cc) | Änderung der Gewichte durch das neue Binnenmarktziel | 174 |
| dd) | Beibehaltung der Gleichordnung der Ziele | 175 |
| ee) | Der Wettbewerb als Verfassungsziel? | 175 |
| 4. | Schlussfolgerungen | 177 |
| III. | Der Wettbewerb als ordnungspolitischer Grundsatz | 178 |
| 1. | Paradigmenwechsel auf ordnungspolitischer Ebene? | 178 |
| 2. | Die ordnungspolitische Grundentscheidung Prä-Lissabon | 179 |
| a) | Normativer Gehalt des Art. 3 Abs. 1 lit. g EGV | 179 |
| aa) | Umfang des Systems unverfälschten Wettbewerbs | 179 |
| bb) | Kein allgemeines Verbot von Wettbewerbsbeschränkungen | 180 |
| cc) | Kein allgemeiner Vorrang des Wettbewerbs- prinzips, aber Abwägungspflicht | 182 |
| dd) | Wettbewerbsminimum und Abwägungsschranke | 183 |
| ee) | Exkurs: Das Verbot der „Ausschaltung des Wettbewerbs für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren“ als allgemeiner Rechtsgrundsatz im Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln? | 185 |
| b) | Normativer Gehalt des Art. 4 EGV | 188 |
| aa) | Verbot des Systemwechsels | 188 |
| bb) | Genereller Rechtfertigungsvorbehalt staatlicher und unionaler Marktinterventionen? | 189 |
| 3. | Die ordnungspolitische Grundentscheidung Post-Lissabon | 194 |

| | |
|---|-----|
| a) Das Wettbewerbsprinzip als Politikum | 194 |
| aa) Die Änderungen betreffend das „System unverfälschten Wettbewerbs“ und des Grundsatzes „einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ | 194 |
| bb) Die diesbezüglich von Lehre und Praxis entwickelten Thesen | 195 |
| b) Keine unmittelbaren juristischen Folgen | 196 |
| aa) Keine Verluste der rechtlichen Substanz des Grundsatzes eines „unverfälschten Wettbewerbs“ | 196 |
| bb) Keine Verluste der rechtlichen Substanz des Grundsatzes einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, aber Bedeutungsverlust | 197 |
| cc) Kein rechtlicher Paradigmenwechsel durch das neue Leitbild der „sozialen Marktwirtschaft“ | 198 |
| dd) Beibehaltung und Verfestigung der grundsätzlichen Abwägungsoffenheit der europäischen Wirtschaftsverfassung | 199 |
| 4. Schlussfolgerungen | 199 |
| IV. Die Bereichsziele des AEUV | 200 |
| 1. Pluralität der Bereichsziele | 200 |
| 2. Schlussfolgerungen | 201 |
| V. Bedeutung und Rang der unterschiedlichen „teleologischen Ebenen“ | 201 |
| C. Machtbegrenzende Funktion der europäischen Wettbewerbsverfassung | 203 |
| I. Die Bindung der Unionsorgane an das objektive Wettbewerbsverfassungsrecht ausserhalb der Wettbewerbsrechtsanwendung | 203 |
| 1. Wettbewerbsbeschränkungen durch Unionsorgane | 203 |
| 2. Bindung der Unionsorgane an das europäische Beihilfenrecht | 204 |
| a) Beihilfenkompetenz der Europäischen Union und europäische Beihilfenlenkungs politik | 204 |
| b) Literaturmeinungen | 205 |
| aa) Grundlegung | 205 |
| bb) Mittelbare Anwendbarkeit des Art. 107 AEUV? | 206 |
| cc) Bindung an das Prinzip des unverfälschten Wettbewerbs? | 207 |

| | |
|--|-----|
| c) Rechtsprechung | 208 |
| d) Bewertung | 209 |
| 3. Bindung der Unionsorgane an das europäische Kartellrecht | 211 |
| a) Staatlich veranlasste Wettbewerbsbeschränkungen | 211 |
| b) Übertragbarkeit auf unionale Maßnahmen? | 211 |
| c) Bewertung | 212 |
| 4. Bindung der Unionsorgane an das europäische Vergaberecht | 213 |
| a) Vergabekompetenz der Unionsorgane und -einrichtungen | 213 |
| b) Konvergenz und Divergenz von EU-Eigenvergabe- recht und allgemeinem Vergaberecht | 214 |
| aa) Primärrechtliche Ebene | 214 |
| bb) Sekundärrechtliche Ebene | 216 |
| c) Bewertung | 217 |
| 5. Schlussfolgerungen | 220 |
| II. Bindung der Unionsorgane an das subjektive Wettbewerbsverfassungsrecht innerhalb und ausserhalb der Wettbewerbsrechtsanwendung | 221 |
| 1. Grundfragen der subjektiv-rechtlichen Dimension der europäischen Wettbewerbsverfassung | 221 |
| 2. Grundrecht auf Wettbewerbsfreiheit? | 223 |
| a) Lehre und Rechtsprechung | 223 |
| b) Bewertung | 223 |
| 3. Grundprobleme einer Theorie subjektiver Rechte im Unionsrecht | 224 |
| a) Deutsches vs französisches Modell | 224 |
| b) Deontologie vs Teleologie | 225 |
| c) Bedeutung für den weiteren Fortgang | 226 |
| 4. Die wettbewerbsrechtsspezifischen Gewährleistungen der Wettbewerbsfreiheit | 228 |
| a) Subjektive Rechte und Konkurrentenschutz im EU-Wettbewerbsrecht | 228 |
| b) Kartellrecht | 229 |
| aa) Grundlegung | 229 |
| bb) Subjektiv-öffentliche Rechte im Rahmen der Wettbewerbsrechtsanwendung | 230 |
| cc) Abwehrrecht gegen staatlich veranlasste Wettbewerbsbeschränkungen? | 236 |
| dd) Subjektiv-öffentliche Rechte gegen unionale Markteingriffe | 242 |

| | |
|---|-----|
| c) Beihilfenrecht | 242 |
| aa) Grundlegung | 242 |
| bb) Subjektiv-öffentliche Rechte im Rahmen der Wettbewerbsrechtsanwendung | 243 |
| cc) Subjektiv-öffentliche Rechte gegen unionale Markteingriffe | 257 |
| d) Vergaberecht | 259 |
| aa) Grundlegung | 259 |
| bb) Subjektiv-öffentliche Rechte im Rahmen der Wettbewerbsrechtsanwendung | 259 |
| cc) Subjektiv-öffentliche Rechte gegen unionale Markteingriffe | 260 |
| e) Erweiterung des wettbewerbsrechtlichen Konkurrentenschutzes durch die Grundrechte auf gute Verwaltung und auf wirksame Beschwerde sowie durch den neu gefassten Art. 263 Abs. 4 AEUV? | 263 |
| aa) Grundlegung | 263 |
| bb) Grundrecht auf eine gute Verwaltung | 263 |
| cc) Grundrecht auf einen wirksamen Rechtsbehelf | 266 |
| dd) Der neu gefasste Art. 263 Abs. 4 AEUV | 266 |
| f) Ergebnis | 269 |
| 5. Die grundrechtlichen Gewährleistungen der Wettbewerbsfreiheit und -gleichheit | 271 |
| a) Grundlegung | 271 |
| aa) Die Notwendigkeit einer europäischen Grundrechtsordnung | 271 |
| bb) Die bislang in der Lehre festgestellten Defizite der richterrechtlichen Grundrechte und ihre Auswirkungen auf die europäische Wettbewerbsverfassung | 272 |
| cc) Behebung der Defizite durch den LV? | 274 |
| dd) Forschungsfragen | 274 |
| b) Wettbewerbsfreiheit in den prätorisch entwickelten Unionsgrundrechten | 275 |
| aa) Wettbewerbsrelevanter Anwendungsbereich der Wirtschaftsgrundrechte | 275 |
| bb) Wirtschaftsgrundrechte und Wettbewerbsrechtsanwendung | 280 |
| cc) Wirtschaftsgrundrechte und sonstige Markteingriffe | 293 |
| dd) Wettbewerbsrelevante Ziele als legitime Einschränkungsinteressen | 299 |
| ee) Ergebnis | 300 |

| | |
|--|-----|
| c) Wettbewerbsgleichheit in den prätorisch entwickelten Unionsgrundrechten | 301 |
| aa) Wettbewerbsrelevanter Anwendungsbereich des allgemeinen Gleichheitssatzes | 301 |
| bb) Gleichheitssatz und Wettbewerbsrechtsanwendung | 308 |
| cc) Gleichheitssatz und sonstige Markteingriffe | 310 |
| dd) Ergebnis | 314 |
| d) Wettbewerbsrelevante Konkretisierung der Schutzbereichsdogmatik durch die GRC? | 315 |
| aa) Wettbewerbsfreiheit | 315 |
| bb) Wettbewerbsgleichheit | 322 |
| cc) Ergebnis | 323 |
| e) Wettbewerbsfreiheit und Wettbewerbsgleichheit in der Kontrolldichtekonzeption der europäischen Gerichte und der GRC | 323 |
| aa) Grundfragen | 323 |
| bb) Die Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes für die objektive Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen | 324 |
| cc) Die Bedeutung des Art. 52 Abs. 1 GRC für die Kontrolldichtekonzeption des EuGH | 325 |
| f) Unmittelbare Drittwirkung und grundrechtliche Gewährleistungspflichten | 328 |
| aa) Unmittelbare Drittwirkung im Konkurrenzverhältnis? | 328 |
| bb) Grundrechtliche Gewährleistungspflichten | 331 |
| g) Ergebnis | 336 |
| 6. Verankerung der Wettbewerbsfreiheit und -gleichheit in den Grundfreiheiten | 338 |
| a) Grundlegung | 338 |
| b) Grundfreiheiten und Unionsgrundrechte | 339 |
| c) Grundfreiheiten und EU-Wettbewerbsrecht | 340 |
| d) Ergebnis | 341 |
| 7. Schlussfolgerungen | 341 |
| a) Keine Notwendigkeit eines einheitlichen Grundrechts auf Wettbewerbsfreiheit, | 341 |
| b) ... aber der Erhöhung der gerichtlichen Kontrolldichte | 343 |
| c) ... bei grundsätzlicher Einschränkung der Wettbewerbsfreiheit des Einzelnen | 344 |

| | |
|---|-----|
| D. Dynamische Funktion der europäischen Wettbewerbsverfassung | 344 |
| I. Untersuchungsgegenstand | 344 |
| II. Wettbewerb und Sozialpolitik | 345 |
| 1. Begriff der Sozialpolitik | 345 |
| 2. Genuin europäische Sozialpolitik und Wettbewerbsprinzip | 347 |
| a) Vom Gängelband zur Emanzipation | 347 |
| aa) Die Sozialpolitik am Gängelband des Binnenmarkts und der Wettbewerbsgleichheit | 347 |
| bb) Die Entstehung einer genuin europäischen Sozialpolitik und ihre Emanzipation vom Freizügigkeits- und Wettbewerbsrecht | 349 |
| b) Die aktuelle Lage | 353 |
| aa) Die These vom Vorrang der Wettbewerbspolitik | 353 |
| bb) Bewertung der These | 353 |
| c) Verfassungsrechtliche Konsequenzen der nur beschränkten Sozialkompetenz der Union | 354 |
| d) Die Rolle der GRC | 355 |
| e) Ergebnis | 357 |
| 3. Mitgliedstaatliche Sozialpolitik und europäisches Wettbewerbsprinzip | 358 |
| a) Auflösung und Reorganisation der Trennung zwischen staatlichem Sozial- und europäischem Wettbewerbsrecht | 358 |
| aa) Phase der Ausweitung des EU-Wettbewerbsrechts | 358 |
| bb) Phase der Konsolidierung und der Feinabschichtung | 359 |
| b) Das Tatbestandselement des Unternehmens als zentrale wettbewerbsrechtliche Wegscheide | 360 |
| aa) Überblick | 360 |
| bb) Vorbemerkung: Zu den Grenzen der Auslegung des Unternehmensbegriffs | 361 |
| cc) Ausgangspunkt: Die Rechtsprechung des EuGH zum funktionellen Unternehmensbegriff | 363 |
| dd) Eingrenzung I: Die EuGH-Rechtsprechung zur Hoheitsverwaltung und zu schlicht-hoheitlichem Verwaltungshandeln | 366 |
| ee) Eingrenzung II: Die EuGH-Rechtsprechung zur Sozialleistungsverwaltung | 369 |
| ff) Eingrenzung III: Die EuGH-Rechtsprechung zu tarifvertraglichen Regeln | 378 |

| | | |
|------|---|-----|
| gg) | Ergebnis: Subsidiarität der tatbestands- bzw außertatbestandsmäßigen Abwägung und Entwicklung vom funktionellen Unternehmensbegriff zum zielorientierten Unternehmensbegriff als Konsequenz der verfassungsrechtlichen Ausgleichsaufgabe des EuGH | 385 |
| hh) | Beurteilung weiterer staatlicher Tätigkeitsbereiche anhand des zielorientierten Unternehmensbegriffs | 388 |
| ii) | Das Verhältnis des zielorientierten Unternehmensbegriffs zu Art. 106 Abs. 2 AEUV | 395 |
| c) | Mitgliedstaatliche Sozialpolitik und Beihilfenverbot | 396 |
| aa) | Grundlegung | 396 |
| bb) | Berücksichtigung auf Tatbestandsebene | 398 |
| cc) | Berücksichtigung auf Rechtfertigungsebene I: Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV | 412 |
| dd) | Berücksichtigung auf Rechtfertigungsebene II: Art. 106 Abs. 2 AEUV und das neue DAWI-Paket | 423 |
| ee) | Berücksichtigung auf Rechtsfolgenebene | 428 |
| ff) | Ergebnis | 429 |
| d) | Soziale Dienstleistungen und Tarifverträge im Vergabeprimärrecht | 431 |
| aa) | Grundlegung | 431 |
| bb) | Erbringer von SDA(W)I als öffentliche Auftraggeber | 431 |
| cc) | Vergaberechtliche Privilegierung von SDAWI und von Tarifverträgen? | 434 |
| dd) | Sozialpolitische Ziele als vergabefremde Kriterien | 437 |
| ee) | Ergebnis | 442 |
| e) | Mitgliedstaatliche Sozialpolitik und Kartellrecht | 443 |
| aa) | Grundlegung | 443 |
| bb) | Sozialpolitik durch Delegation im EU-Kartellrecht | 445 |
| cc) | Die Bedeutung des Art. 101 Abs. 3 AEUV | 446 |
| dd) | Berücksichtigung beschäftigungspolitischer Ziele auf Rechtsfolgenebene? | 449 |
| ee) | Ergebnis | 450 |
| 4. | Schlussfolgerungen | 450 |
| III. | Wettbewerb und Daseinsvorsorgepolitik | 452 |
| 1. | Begriff und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands | 452 |

| | | |
|-----|--|-----|
| a) | Die Daseinsvorsorge als Unterbegriff der DA(W)I | 452 |
| b) | Der aktuelle Daseinsvorsorgebegriff im Unionsrecht . . | 454 |
| aa) | Die Definition von DAWI als Aufgabe der Mitgliedstaaten unter unionsrechtlicher Evidenzkontrolle | 454 |
| bb) | Die rechtsdogmatische Bedeutung der Regulierungstheorie bei der Qualifizierung einer Leistung als DAWI | 456 |
| 2. | Genuin europäische Daseinsvorsorgepolitik und Wettbewerbsprinzip | 457 |
| a) | Grundlegung | 457 |
| b) | Rechtliche Grenzen der regulierenden EU- Daseinsvorsorgepolitik | 458 |
| aa) | Vergleich von ex-Art. 16 EGV mit Art. 14 AEUV . | 458 |
| bb) | Vergleich von ex-Art. 86 Abs. 3 und ex-Art. 95 EGV mit Art. 14 S. 2 AEUV | 462 |
| c) | Bedeutung des Art. 36 GRC für die Daseinsvorsorge- und Wettbewerbspolitik der Union | 469 |
| aa) | Grundlegung | 469 |
| bb) | Grundrecht oder Grundsatz? | 470 |
| cc) | Gewährleistungsgehalt | 471 |
| d) | Ergebnis | 472 |
| 3. | Mitgliedstaatliche Daseinsvorsorgepolitik und europäisches Wettbewerbsprinzip | 473 |
| a) | Grundlegung | 473 |
| b) | Daseinsvorsorge und Beihilfenrecht | 475 |
| aa) | Die Bedeutung des Beihilfenrechts für die mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge | 475 |
| bb) | Das Begünstigungstatbestandsmerkmal als zentrale wettbewerbsrechtliche Wegscheide | 476 |
| cc) | Die vier Altmark-Kriterien im Überblick | 478 |
| dd) | Das vierte Kriterium 1. Alternative | 485 |
| ee) | Das vierte Kriterium 2. Alternative | 491 |
| ff) | Das Verhältnis zwischen Altmark, Art. 106 Abs. 2 AEUV und dem DAWI-Paket | 497 |
| gg) | Ausgleich struktureller Wettbewerbsnachteile . . . | 500 |
| hh) | Ergebnis | 502 |
| c) | Daseinsvorsorge und Vergabeprimärrecht | 503 |
| aa) | Die Bedeutung des Vergaberechts für die mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge | 503 |
| bb) | In-House-Ausnahme als zentrale wettbewerbs- rechtliche Wegscheide | 503 |

| | | |
|-----|--|-----|
| cc) | Die neuere Rechtsprechung des EuGH zu interkommunalen Kooperationen | 507 |
| dd) | Ergebnis | 512 |
| d) | Daseinsvorsorge und Kartellrecht | 513 |
| aa) | Die Bedeutung des Kartellrechts für die mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge | 513 |
| bb) | Staatlich veranlasste Wettbewerbsbeschränkungen | 515 |
| cc) | Daseinsvorsorge und Art. 101 AEUV | 521 |
| dd) | Daseinsvorsorge und Art. 102 AEUV | 532 |
| ee) | Rechtfertigung nach Art. 106 Abs. 2 AEUV | 541 |
| ff) | Ergebnis | 555 |
| 4. | Schlussfolgerungen | 557 |
| IV. | Wettbewerb und Krisenpolitik | 559 |
| 1. | Begriff und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands | 559 |
| a) | Grundfragen | 559 |
| b) | Gründe und Begriff der Wirtschaftskrise | 562 |
| aa) | Gründe der aktuellen Wirtschaftskrise | 562 |
| bb) | Begriff der Wirtschaftskrise | 563 |
| 2. | Genuine Krisenpolitik der Union und Wettbewerbsprinzip | 565 |
| a) | Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise als Aufgabe der Union | 565 |
| aa) | Der „Antwortcharakter“ der Unionsverfassung in der Krise | 565 |
| bb) | Vorrang der Realwirtschaft in den Verfassungszielen | 566 |
| cc) | Die krisenpolitische Kompetenzverteilung | 566 |
| dd) | Verpflichtung der Unionsorgane zur aktiven Krisenbekämpfung? | 568 |
| b) | Wettbewerbsverfassungsrechtliche Grenzen der Krisenmaßnahmen der Union | 570 |
| aa) | Grenzen geldpolitischer Maßnahmen | 570 |
| bb) | Grenzen fiskalpolitischer Maßnahmen | 572 |
| cc) | Grenzen regulierender Maßnahmen | 573 |
| 3. | Mitgliedstaatliche Krisenpolitik und europäisches Wettbewerbsprinzip | 577 |
| a) | Globale Begrenzung mitgliedstaatlicher Fiskal- und Konjunkturpolitik | 577 |
| b) | Krisenpolitik und Beihilfenrecht | 578 |
| aa) | Grundlegung | 578 |

| | |
|--|-----|
| bb) Hinreichende Flexibilität des Beihilfenrechts in der Krise? | 580 |
| cc) Grenzen der Krisenpolitik im Rahmen des Art. 107 Abs. 3 lit. b AEUV | 587 |
| dd) Ergebnis | 591 |
| c) Krisenpolitik und Vergaberecht | 592 |
| aa) Grundlegung | 592 |
| bb) Keine Modifizierung des Vergabeprimärrechts in Krisenzeiten | 592 |
| cc) Ergebnis | 596 |
| d) Krisenpolitik und Kartellrecht | 596 |
| aa) Grundlegung | 596 |
| bb) Keine Änderung des Kartellrechts | 596 |
| cc) Ergebnis | 599 |
| e) Die Bedeutung des Art. 106 Abs. 2 AEUV in der Krise aa) Grundlegung | 600 |
| bb) Bedeutung für den Bankenmarkt | 600 |
| cc) Bedeutung für die Realwirtschaft | 602 |
| dd) Ergebnis | 602 |
| 4. Schlussfolgerungen | 603 |

*Vierter Teil***Zusammenfassung und Schluss**

| | |
|--|-----|
| A. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse | 609 |
| I. Erster und Zweiter Teil | 609 |
| II. Das Wettbewerbsprinzip im Werte-, Ziel- und Grundsatzsystem der europäischen Verfassung | 612 |
| III. Machtbegrenzende Funktion der europäischen Wettbewerbsverfassung | 614 |
| IV. Dynamische Funktion der europäischen Wettbewerbsverfassung | 617 |
| B. Schlussbemerkung: Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsverfassung | 623 |
| Literaturverzeichnis | 625 |
| Stichwortverzeichnis | 677 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-----------------------|--|
| ABGB | Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch |
| ABl | Amtsblatt |
| AEUV | Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union |
| AG | Aktiengesellschaft |
| Anm. d. Verf. | Anmerkung des Verfassers |
| Bankenmitteilung 2013 | Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen ab dem 1. August 2013 auf Maßnahmen zur Unterstützung von Banken im Kontext der Finanzkrise, ABl 2013 C 216/1 |
| BB | BetriebsBerater |
| Bd | Band |
| BG | Bundesgesetz |
| BGBI | Bundesgesetzblatt |
| BHG | Bundeshaushaltsgesetz |
| BVerfGE | Entscheidung(en) des Bundesverfassungsgerichts |
| BVergG | Bundesvergabegesetz |
| B-VG | Bundes-Verfassungsgesetz |
| BWG | Bankwesengesetz |
| ca | cirka |
| CPV | Common Procurement Vocabulary |
| DAWI | Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse |
| DAWI-de-minimis-VO | VO 360/2012 der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen, ABl 2012 L 114/8 |
| DAWI-Mitteilung | Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, ABl 2012 C 8/4 |
| DAWI-Qualitätsrahmen | Mitteilung der Kommission, Ein Qualitätsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa, KOM(2011) 900 endg |
| DAWI-Rahmen | Mitteilung der Kommission – Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011) ABl 2012 C 8/15 |
| DÖV | Die Öffentliche Verwaltung |
| dRGBI | deutsches Reichsgesetzblatt |
| ds | das sind |
| EGFL | Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft |
| ECA | European Competition Authorities |
| EEA | Einheitliche Europäische Akte |

| | |
|------------------------|--|
| EFRE | Europäischer Fonds für regionale Entwicklung |
| EFSF | Europäische Finanzstabilisierungsfazilität |
| EFSM | Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus |
| EGF | Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung |
| EGKS | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl |
| EGV | Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft |
| EIB | Europäische Investitionsbank |
| ELER | Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums |
| EMRK | Europäische Menschenrechtskonvention |
| EP | Europäisches Parlament |
| EPZ | Europäische Politische Zusammenarbeit |
| ESF | Europäischer Sozialfonds |
| ESM | Europäischer Stabilitätsmechanismus |
| EStAL | European State Aid Law Quarterly |
| ESZB | Europäisches System der Zentralbanken |
| etc | et cetera |
| EuGH | Europäischer Gerichtshof |
| EUV | Vertrag über die Europäische Union (Nizza-Fassung) |
| EUVn | EUV in der Fassung des Vertrages von Lissabon |
| EUZ | Zeitschrift für Europarecht |
| EuZW | Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| EWR | Europäischer Wirtschaftsraum |
| EZB | Europäische Zentralbank |
| FinStaG | Finanzmarktstabilitätsgesetz |
| FKVO | Fusionskontrollverordnung 139/2004/EG |
| FN | Fußnote |
| Freistellungsbeschluss | Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichszahlungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, ABl 2012 L 7/3 |
| FuE | Forschung und Entwicklung |
| FS | Festschrift |
| G | Gesetz |
| GA | Generalanwalt |
| GAP | Gemeinsame Agrarpolitik |
| GesR | GesundheitsRecht (Zeitschrift) |
| GewO | Gewerbeordnung 1994 |
| ggf | gegebenenfalls |
| GHP | Gemeinsame Handelspolitik |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| GRC | Charta der Grundrechte der Europäischen Union |
| GRUR | Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht |
| Hrsg | Herausgeber |
| IBSG | Interbankmarktstärkungsgesetz |
| ICN | International Competition Network |

| | |
|---------|--|
| idF | in der Fassung |
| idR | in der Regel |
| idS | in diesem Sinne |
| iE | im Erscheinen |
| ieS | im eng(er)en Sinne |
| insb | insbesondere |
| iS | im Sinne |
| iSd | im Sinn(e) des |
| iSv | im Sinne von |
| ITO | International Trade Organization |
| iwS | im weiteren Sinne |
| | |
| JBl | Juristische Blätter |
| Jhdt | Jahrhundert |
| | |
| KartG | Kartellgesetz |
| KJ | Kritische Justiz |
| KMU | Kleine und mittlere Unternehmen |
| KWG | Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft |
| | |
| leg cit | legis citatae |
| LGBL | Landesgesetzblatt |
| LV | Vertrag von Lissabon |
| | |
| maW | mit anderen Worten |
| MEA | more economic approach |
| MR | Medien und Recht |
| mwN | mit weiteren Nachweisen |
| | |
| NPO | Non-Profit-Organisation |
| NVwZ | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht |
| NZI | Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung |
| | |
| ÖBl | Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht |
| öarr | Österreichisches Archiv für Recht und Religion |
| OECD | Organisation for Economic Co-operation and Development |
| OeNB | Österreichische Nationalbank |
| ÖGB | Österreichischer Gewerkschaftsbund |
| OGH | Oberster Gerichtshof |
| ÖGZ | Österreichische Gemeindezeitung |
| ÖJK | Österreichische Juristenkommission |
| ÖJZ | Österreichische Juristen-Zeitung |
| ÖPNRV-G | Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehrsgesetz |
| ÖPNV | Öffentlicher Personennahverkehr |
| ORF | Österreichischer Rundfunk |
| ÖZW | Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| | |
| Pkt | Punkt |
| | |
| RdW | Österreichisches Recht der Wirtschaft |
| RFG | Recht und Finanzierungspraxis der Gemeinden |
| RL | Richtlinie |